

69. Abgeordnete
**Elvira
Drobinski-Weiß**
(SPD) Strebt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) eine Erhöhung der Lebensmittelsicherheit durch Verringerung der Höchstgrenzen für Strahlenbelastung von Lebens- und Futtermitteln anderer Herkunft als Japan, z. B. der Tschernobyl-Region, an?
70. Abgeordnete
**Elvira
Drobinski-Weiß**
(SPD) Gibt es in der Europäischen Union Aktivitäten die Grenzwerte für Lebensmittel anzupassen und die Regeln zur Aussetzung der Grenzwerte im Katastrophenfall zu überarbeiten?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Ursula Heinen-Esser
vom 30. Mai 2012**

Die Fragen 69 und 70 werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das BMU hat, unterstützt vom BMELV, die Europäische Kommission aufgefordert, eine einheitliche und konsistente Regelung zu Referenzwerten für Lebens- und Futtermittel nach strahlenhygienischen Erkenntnissen gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) zu erarbeiten und deren Anwendungsmöglichkeiten in Abhängigkeit von der Art und der Schwere des Unfalls sowie der geographischen Gegebenheiten flexibel zu gestalten, um zukünftig auf alle Ereignisse angemessen reagieren zu können. Die Kommission wurde gebeten, die anstehende Überarbeitung von diesbezüglichen Vorschriften zum Anlass zu nehmen, die notwendige Harmonisierung von Referenzwerten und Flexibilisierungen rechtlicher Instrumente in Angriff zu nehmen.

Die Europäische Kommission bereitet zurzeit eine Revision der Verordnung (Euratom) Nr. 3954/87 des Rates zur Festlegung von Höchstwerten von Radioaktivität in Nahrungs- und Futtermitteln im Falle eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation vor und hat zugesagt, die Vorschläge Deutschlands in Erwägung zu ziehen.

71. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD) Zu welchen Ergebnissen hat die Aufgabenkritik zur Ermittlung des Personalbedarfs im BMU im Einzelnen geführt, und welcher Bedarf an zusätzlichen Mitarbeiterstellen ergibt sich daraus für das Bundesministerium?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Ursula Heinen-Esser
vom 30. Mai 2012**

Aufgrund der dynamischen Aufgabenentwicklung im Bereich der nationalen und internationalen Umweltpolitik wurde im BMU im Zeitraum von 2011 bis 2012 eine umfassende Aufgabenkritik durchgeführt. Die Ergebnisse, die zum Teil über längere Zeiträume hin sukzessive umgesetzt werden, zeigen auf, dass in der Bilanz der Aufgabenzuwachs die Reduzierungspotenziale deutlich übersteigt. Aus der Sicht des BMU untermauern die Ergebnisse der Aufgabenkritik einen erheblichen zusätzlichen Bedarf an Planstellen/Stellen.

72. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Inwieweit wird dieser Bedarf im Rahmen der Aufstellung für den Bundeshaushalt 2013 seitens des BMU geltend gemacht, und welche Planung verfolgt das Bundesministerium auf mittlere Sicht, um den ermittelten Personalbedarf zu decken?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Ursula Heinen-Esser
vom 30. Mai 2012**

Ob und in welchem Umfang für das BMU im Rahmen des Haushaltes zusätzliche Planstellen/Stellen beantragt werden, wird die Bundesregierung im Rahmen der Aufstellung des Regierungsentwurfs 2013 entscheiden.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

73. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Wie hoch ist beim nationalen Stipendienprogramm jeweils der Mittelabfluss dieses Titels zum 1. Mai 2012 bzw. zum letzt verfügbaren Zeitpunkt, die Mittelbindung in diesem Titel durch bereits vergebene Stipendien für 2012, die Gesamthöhe der in 2012 bislang getätigten Aufwendungen für Werbung, Schulungen, Verwaltungspauschalen und sonstige Overheadkosten, die Zahl der Doppelstipendien mit den Studienförderwerken sowie die Zahl der BAföG-Empfänger in Relation zur Gesamtzahl der Deutschlandstipendien, und wie ist in diesem Zusammenhang der aktuelle Sachstand bei der Software „mpuls_S“ – unter Angabe der aktuellen Fallzahl in diesem System?